

afd-fraktion-sachsen.de



**KENNEN SIE
SCHON UNSERE...**



Blaue Post

ZEITUNG DER AFD-FRAKTION SACHSEN

Unsere kostenlose Zeitung erreicht im Quartal bis zu 180.000 Haushalte. Sie haben noch keine erhalten? Kein Problem, unsere Zeitung gibt es auch online auf unserer Internetseite als PDF, zum Schmökern und Weiterleiten.

M.T.S.d.P. Bernd Lemmel, Fraktionsgeschäftsführer // Dieses Material darf in einem Wahlkampf nicht zur Parteienwerbung genutzt werden

SCHLUSS MIT DER BÜROKRATIE

**NICHT NUR REDEN
SONDERN HANDELN!**



FRAKTIONSACHSEN



Bürokratieabbau

Das Schlagwort „Bürokratieabbau“ ist in den letzten Jahrzehnten zu einer gern genutzten Worthülse geworden, nicht nur, aber vor allem in der Politik. Was dem Versprechen jedoch stets folgte war ein Anstieg und kein Abbau.

Verantwortlich dafür sind die Gesetzgeber auf Landes- Bundes- und EU-Ebene mit ihren regierungstragenden Mehrheiten. Allein zwischen 2017 und 2018 erhöhten sich aber beispielsweise die durch Informationspflichten bedingten Bürokratiekosten in Deutschland von rund 45 Milliarden Euro auf etwa 50 Milliarden Euro.

Und das trotz der sogenannten Bürokratiebremse, den Bürokratieentlastungsgesetzen I und II und der Modernisierung des Vergaberechts!

Die AfD-Fraktion Sachsen hat seit Jahren mit vielen Anträgen, die Staatsregierung zum umgehenden Handeln aufgefordert:

-  sich für die Abschaffung der Kassenbonpflicht für Beträge bis 30 Euro einzusetzen,
-  sich im Bundesrat und in den Ausschüssen des Bundestages für die Rücknahme der Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge einzusetzen,
-  sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass sämtliche von Präventivschließungen betroffenen Unternehmen einen Rechtsanspruch auf Ersatz für nicht gedeckte Betriebsausgaben für die gesamte Dauer der Schließungen nach § 56 IfSG erhalten,
-  bei Unternehmenshilfen mehr mit Zuschüssen anstatt mit Krediten und aufwendigen Förderrichtlinien zu operieren,
-  den Umbau der „Kontaktstelle Lieferketten“ zu einer aktiven Angebotsstelle für Unternehmen, die von Störungen oder Unterbrechungen ihrer internationalen Lieferketten betroffen sind,
-  sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen, dass die Instrumente für eine wirksame Steuerkontrolle künftig vom Steuereinknehmer bezahlt werden.

Die konkreten Anträge sind unter den Drs. 7/2195, 7/2779 und 7/3651 zu finden.

